„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Der gewalttätige Faschismus

Die lebhaften Sympathien, die dem italienischen Faschismus und seinem Führer Mussolini entgegengebracht wurden, haben sich in letzter Zeit merklich abgekühlt. Diese Veränderung hat nichts mit dem Haß zu tun, den der internationale Sozialismus seit jeher gegen den Faschismus empfunden hat. Obwohl die Bewegung zur Erneuerung Italiens nur aus der gesellschaftlichen Struktur dieses Landes und seines Volkscharakters zu verstehen ist, war es doch gerade die straffe militärische Organisation der Schwarzhemden im Sinne altrömischer Disziplin, Pflichttreue und Hingabe, die weite Volkskreise anderer Länder mit Anerkennung und Bewunderung erfüllte. Wenn das jetzt anders geworden ist, so liegt es am Faschismus selbst.

Seinen Ursprung nahm dieser von der tatkräftigen Unterdrückung der inneren Gefahr während des Krieges. Als Italien im Frühjahr 1918 dicht vor der Revolution stand, wurde der damals 35jährige Mussolini, einst extremer Sozialist, der die Landesgrenzen hinter sich lassen mußte und dann sozialistischer Redakteur war, der entschlossenste Vorkämpfer des italienischen Nationalismus. Er wollte die italienische Arbeiterschaft für die nationale Idee gewinnen und wandte sich zur Aufrechterhaltung des Kriegswillens gegen den inneren Feind, der dem Kriege ablehnend gegenüberstand.

Aber erst in den Jahren 1920/21 ist der Faschismus zu der straffen Organisation geworden, die am 29. Oktober 1922 auf Rom marschieren und ihren Führer als Diktator an die Spitze der italienischen Regierung stellen konnte. Den Nährboden für den Faschismus bildete die Enttäuschung über die Verschlechterung der politischen und wirtschaftlichen Gesamtlage Italiens trotz des „Sieges", auf den man sehr stolz war. Um die machtpolitischen Interessen zur Geltung zu bringen, galt es, die demokratisch-internationalen Kreise zu beseitigen. Das Parlament verachtete man als eine Versammlung schwatzender Advokaten und profitgieriger Geschäftspolitiker. Wurde der Faschismus also zu einem Feind der Demokratie, so erst recht des sozialistisch-kommunistischen Radikalismus, der Gesellschaft und Staat in Frage stellte und von den Schwarzhemden als Hauptwidersacher bis auf den Tod bekämpft wurde. Als die Arbeiterschaft im Herbst 20 Fabriken besetzte, und der kommunistische Terror höchst bedrohlich wurde, die Regierung dieses Treiben aber schwächlich gewähren ließ, ging die Führung immer mehr in die feste Organisation des Faschismus über. Mit leidenschaftlichem Ungestüm hat Mussolini alle Widerstände aus dem Wege geräumt und die Autorität des Staates in der Form der Diktatur stabilisiert.

Ein entscheidender politischer Fehler Mussolinis aber war es, die Opposition so ganz niederzuknüppeln und sie höhnisch nur noch als „archäologisches Material" zu behandeln, statt sie in gewissen Grenzen zu erhalten, um sich an ihr kontrollieren und entwickeln zu können. Die Geschichte lehrt auf jedem Blatt, daß eine Ueberspannung des innerpolitischen Kampfes bis zum Terror die nationale Einheit nicht fördert, sondern in verhängnisvoller Weise zerstört, und daß da, wo kein politischer Gegenspieler mehr vorhanden ist, die Gefahr der Versumpfung entsteht. Das Anwachsen einer todbereiten Minderheit, die entschlossen nach der Staatsmacht griff, zu einer mit Zwangsmitteln aufgeblähten Riesenpartei, mußte von den tiefgreifendsten Folgen für diese selbst sein. Der frühere Idealismus ist heute vielfach zur Konjunkturpolitik und Stellenjägerei, die heilige Flamme zur kalten Berechnung und der edle Zorn zur heimtückischen, brutalen Gewalt geworden. Das Recht ist aber die festeste Grundlage jedes Staatswesens.

Immerhin ist das zunächst nur eine innere Angelegenheit Italiens. Nicht gleichgültig aber können uns die Rückwirkungen lassen, die sich aus der deutlich erkennbaren Krisis des Faschismus in außenpolitischer Hinsicht auch für uns ergeben. Mussolini hat stolz verkündet, der Faschismus werde das politische Regime des 20. Jahrhunderts schaffen, das der Demokratie folgen werde. Solange damit nur eine Art geistiger Führerschaft gemeint war, fand er viel Zustimmung. Ein bedenkliches Symptom für einen fast pathologischen Erregungszustand des Faschismus war es jedoch, als Mussolini unter tosendem Beifall seiner Schwarzhemden in die Welt schrie, daß zwei Millionen Italiener bereit ständen, das Vaterland zu verteidigen. Dabei denkt kein Mensch daran, dem Faschismus mit Waffengewalt ein Ende zu machen. Dieser groteske Luftstoß Mussolinis könnte wohl erheiternd wirken, wenn er nicht eben seine sehr ernste Seite hätte.

Das Lebenselement des Faschismus ist der das Volk über alle Klassen- und Standesunterschiede hinweg zusammenreißende Kampf. Ohne ihn muß er zerfallen. Ihm wohnt deshalb als Existenzbedingung eine starke Angriffsneigung inne. Da der innere Feind erledigt ist, hat der Faschismus das Bedürfnis, seine starken Spannungen nach außen abzulenken. Mussolini verkündete unlängst in der Kammer das „Jahrhundert der italienischen Machtentfaltung".

Diese machtpolitischen Tendenzen müssen uns mit Sorge erfüllen, insbesondere im Hinblick auf unsere deutschen Brüder in Südtirol. Dort sind 300,000 Deutsche unter Verletzung des Selbstbestimmungsrechts an Italien gekommen, das feierlich versprach, das völkische und kulturelle Leben der Südtiroler zu achten. Im Vertrauen auf den sonst häufig bewiesenen staatsmännischen Scharfblick Mussolinis haben wir nur zu lange der brutalen Vergewaltigung der Deutschen südlich des Brenners zugesehen. Nunmehr aber mag Italien sich gesagt sein lassen, daß sich das deutsche Volk der moralischen Pflichten, die ihm aus dem kulturellen Zusammenhang der deutschen Stämme in der Welt erwachsen, sehr wohl bewußt ist.

Die herausfordernde deutschfeindliche Aktivität der Faschisten, die auch darin zum Ausdruck kommt, daß in Deutschland erworbene akademische Grade in Italien nicht mehr anerkannt und daß in Italien beruflich tätige Deutsche brutal vertrieben werden, kann nicht ohne schwerwiegende Folgen für die Beziehungen des kleinen Mittelmeerstaates zu dem 70 Millionenvolk der Deutschen bleiben.

Die „neue" europäische Großmacht

„Deutschland kehrt zu dem europäischen politischen Leben auf der Basis gleicher Rechte als neue Großmacht zurück", erklärt Eduard Benesch, Minister des Aeußeren der Tschechoslowakei, in einem Artikel der letzten Ausgabe der Zeitschrift „Foreign Affairs", und fährt fort: „Das ist für Europa eine bedeutende Sache und wir müssen uns dessen voll bewußt sein. Es bedeutet die Schaffung einer neuen psychologischen Atmosphäre in Europa, eines neuen europäischen Gleichgewichts und neuer internationaler Zustände. Es bedeutet ferner, daß noch für lange Zeiten, die kommen werden, der gegenwärtige „Status Quo" von West- und Mitteleuropa akzeptiert werden wird, eine Tatsache, die von ganz ungeheuerer politischer Wichtigkeit ist.

„Das Rußland von heute wird sich gezwungen sehen, nolens volens sich mit dieser Tatsache abzufinden, bei seinen Kalkulationen in bestimmtester Weise damit zu rechnen und dementsprechend mit dem Rest von Europa zu einer Verständigung zu gelangen. Wir müssen uns darauf vorbereiten. Die Zeit ist nicht mehr fern, wenn ein zweites Locarno stattfinden wird, wenn das ganze Europa mit Rußland zu einem Einverständnis kommen wird. Das wird sowohl für Rußland, wie auch für ganz Europa von Vorteil sein. Auch die Ver. Staaten von Amerika dürften nach und nach im Laufe der Zeiten ihre Haltung Europa gegenüber infolge der Locarno Abmachungen ändern".

Zwar bedeute der Völkerbund einen großen Fortschritt auf dem Wege zur Herstellung eines dauernden Friedens, erklärt Benesch in seinem Artikel, „aber er bedeutet noch nicht alles." Es heißt darin weiter: „Er (der Völkerbund) enthält Bestimmungen, wodurch die Staaten verpflichtet sind, sich zu bestreben, den Frieden durch friedliche Methoden zu erhalten, aber er zwingt nicht zu einer obligatorischen friedfertigen Beilegung eines Konfliktes. Er verbietet gewisse Kriege, aber er kann nicht alle Kriege untersagen, indem er Kriege unmöglich macht. Alle Bestrebungen der Befürworter des Völkerbundes haben sich dem Problem zugewandt, wie diese große, doppelte Kluft überbrückt werden kann.

„Die Locarno-Verträge bedeuten zweifellos eine Stärkung des Völkerbundes. Sie wurden im Geiste des Völkerbundes abgeschlossen und schließlich hat die Friedensorganisation, die sie zuwege brachte, den Völkerbund auf eine weitreichende Probe gestellt."

Ein Jahr Dawes-Plan

S. P. Gilbert, der Generalagent für Entschädigungszahlungen, schildert in seinem Bericht über das erste Jahr der Wirksamkeit des Dawes-Plans Deutschlands Uebergang von Inflation zur Stetigung. Die erste Milliarde Goldmark, die Deutschland zahlte, wurde unter die Gläubiger verteilt. Hiervon entfielen auf die Ver. Staaten etwa 14,333,000 Mark.

Nach dem Bericht ist es noch zur früh, um Schlüsse auf das schließliche Ergebnis zu ziehen. Allein der Plan habe die Frage der Entschädigungen auf eine vernünftige Grundlage gebracht. Wie der Agent sagt, sollten die Deutschland gewährten ausländischen Darleben in erster Linie die Grundlage für wirtschaftliche Wiederherstellung schaffen.

Das erste Jahr unter dem Dawes-Plan war weniger eine Probe für Deutschlands Fähigkeit zur Zahlung als für die Fähigkeit der deutschen Wirtschaft, sich der Wiederkehr stetiger Verhältnisse anzupassen. Das zweite Jahr, in dem 1,220,000,000 Mark zu zahlen sind, macht möglicherweise eine Aenderung im deutschen Budget nötig. Die eigentliche Probe für Deutschland kommt im dritten und den folgenden Jahren. Die Jahreszahlungen erreichen dann allmählich eine Gesamthöhe von 2,500,000,000 Mark.

Nach Gilbert ist der Weg für Deutschlands Wiederherstellung noch immer mit Schwierigkeiten besät. Der gemachte Fortschritt müsse aber im Verhältnis zu der allgemeinen Frage des europäischen Wiederaufbaus ebenso wie in Hinsicht auf Deutschlands Wiederherstellung betrachtet werden. Deutschland habe sein Budget ins Gleichgewicht gebracht. Das Budget der Einzelstaaten und der Gemeinden sei allerdings weniger befriedigend.

Weltumschau

Deutschland.

Der Versuch des früheren demokratischen Ministers Koch zur Bildung eines neuen Kabinetts war vergebens. Koch berichtete Präsident von Hindenburg, daß er außerstande war, ein Ministerium aus der großen Koalition zusammenzustellen, die Hindenburg empfahl. Der Versuch scheiterte am Widerstand der Sozialisten.

Der Reichstag nahm den russisch-deutschen Handelsvertrag an. Der Vertrag, der im Oktober in Moskau unterzeichnet wurde, sieht ein gegenseitiges Meistbegünstigungsverhältnis der beiden Nationen vor. Depeschen aus Moskau zur Zeit der Unterzeichnung legten dem Ereignis die größte Wichtigkeit bei, da es der erste Vertrag war, den die Sowjetrepublik mit einem kapitalistischen Lande abschloß, und da man glaubte, daß dadurch die Frage der ökonomischen Beziehungen mit Ländern gelöst sei, in denen so verschiedene ökonomische Systeme herrschen.

Auslandminister Stresemann entging nur um Haaresbreite der Ermordung. Es handelt sich um einen Anschlag durch zwei Nationalsozialisten namens Kaltdorff und Lorenz. Sie wurden von einem Münchener Anwalt verraten, welchen sie ins Vertrauen gezogen hatten. Sie enthüllten ihm die Einzelheiten der Verschwörung. Beide Verschwörer sind in Haft. Kaltdorff soll zugegeben haben, daß er ein Parteigänger von Adolf Hitler ist, dem Führer des Bürgerbräuputsches in München vor mehreren Jahren. Lorenz sagte, er sei Mitglied der deutschnationalen Partei. Wie der Mord ausgeführt werden sollte, ist nicht bekannt. Es wird aber versichert, daß Kaltdorff und Lorenz umfassende Pläne gefaßt hatten, um nach der Tötung von Stresemann zu entkommen. Zu ihren Plänen gehörten Verkleidungen, Motorwagen und selbst ein Aeroplan. Bei Vorführung der Gefangenen äußerte der Untersuchungsrichter die Ansicht, daß die Ermordung des Ministers ernstlich geplant war. Nach Angabe des auswärtigen Amts leiden die beiden Gefangenen an einer geistigen Störung, die Folge der Ausbrüche gegen Stresemann durch extrem-nationale Blätter wegen Genehmigung des Locarno-Sicherheitsvertrages.

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland wird jetzt auf 1,250,000 geschätzt, die höchste Zahl seit der Inflation. Zugleich werden viele Bankerotte berichtet, durchschnittlich 50 im Tag. Der neueste große Zusammenbruch ist jener der Landbank, einem landwirtschaftlichen Finanzinstitut, mit Verbindlichkeiten, die auf 1,250,000,000 Mark veranschlagt sind. In Berlin allein nimmt die Beschäftigungslosigkeit um durchschnittlich 18,000 in der Woche zu, während der staatliche Arbeitslosenfond von 220,000,000 Goldmark — etwa $55,000,000 — erschöpft ist. Die Zuweisung beträgt 10 Mark in der Woche, was für Brot, Kartoffeln und Miete nicht genügt. Der Auslandhandel ist matt und der Kredit knapp. Mit dem fortschreitenden Winter steht eine Verschlimmerung dieser Verhältnisse zu erwarten.

Frankreich

Nach einem Ministerrat beriet Premier Briand mit den wichtigsten Mitgliedern seines Ministeriums. Nachher wurde Senator Paul Doumer ersucht, sofort ins auswärtige Amt zu kommen. Man schließt daraus, daß Doumer zum Nachfolger von Louis Loucheur als Finanzminister bestimmt ist.

Finanzminister Loucheur wurde zum Rücktritt gezwungen, weil die Finanzkommission der Deputiertenkammer auf ihrer Weigerung beharrte, seine beiden hauptsächlichen Finanzvorschläge anzunehmen. Die Sozialisten ließen sich auf keinerlei Vergleich ein und auch die extremen Radikalen wollten von den Plänen nichts wissen.

Es scheint jetzt, daß Paul Doumer, ein radikaler Sozialist, der früher Finanzminister war, seinen alten Posten wieder übernehmen soll. Doumer ist ein nüchterner Mann und flößt daher den meisten Parteien in der Kammer Vertrauen ein. Er erwog die Finanzlage des Landes seit langem und soll zu gewissen Schlüssen gelangt sein, die rasch angewandt werden können.

Großbritannien

Die Textilindustriellen von Lancashire in England sind außerordentlich befriedigt über eine Mitteilung, welche die Handelskammer in Manchester gestern veröffentlichte. Danach hat auf Vorstellungen hin, die von englischer Seite erhoben wurden, die deutsche Regierung darin eingewilligt, daß englische Baumwollgarne zu den Vorzugszöllen eingeführt werden dürfen, die Belgien gewährt werden. Die Menge der betreffenden Garne ist wie bei Belgien auf 15,000 Meter Tonnen jährlich begrenzt und die Einfuhr muß über die Zollämter in Hamburg und Bremen gehen, denen im nächsten Jahre Krefeld hinzugefügt wird. Soweit entspricht die Mitteilung der Handelskammer in Manchester nur den Erwartungen, die man in Lancashire gehegt hatte, da die deutsche Regierung auf Grund der Meistbegünstigungsklausel des deutsch-englischen Handelsvertrags nicht gut anders entscheiden konnte.

Vor einiger Zeit war von deutschen Kohlenfirmen die Anregung, Abmachungen über den Kohlenexport zu treffen, ausgegangen und mit englischen Grubenbesitzern bereits vor Einsetzen der staatlichen Stützungsaktion für den britischen Bergbau verhandelt worden. Dann wurden, als England wenig Neigung zeigte, sich auf ein derartiges Abkommen einzulassen, die Verhandlungen abgebrochen. Nunmehr scheint sich die Situation geändert zu haben. Sowohl in Deutschland wie in England besteht die Befürchtung, daß die Kohlenabsatzkrise eine dauernde sein werde, wenn die großen Reviere sich nicht über Produktion und Preise einigen. In Deutschland macht sich die englische Konkurrenz wieder stark fühlbar, und in Belgien und Frankreich scheint man einer Angliederung an ein allfälliges deutsch-englisches Syndikat nicht abgeneigt, weil sich große Schwierigkeiten beim Absatz von deutscher Reparationskohle ergeben. Deutschland steht jetzt unter den Beziehern von englischer Kohle bereits an zweiter Stelle. Die deutsche Einfuhr englischer Kohle ist von 282,000 Tonnen im Januar d. J. auf 556,000 Tonnen Ende Oktober gestiegen. Dieser starke Bezug englischer Kohle seitens Deutschlands ist nicht etwa auf den Zollkrieg mit Polen zurückzuführen, denn Westoberschlesien hat diesen Ausfall selbst wettgemacht, sondern es ist dies eine Folge der niederen Preise für die englische Kohle, die sogar bis über Berlin hinaus vorzudringen vermochte. In England besteht jetzt gleichfalls die Geneigtheit, Abmachungen mit den deutschen Kohlenwerken zu treffen, denn das Ende der Stützungsaktion wird die Lage der Kohlenindustrie in England wesentlich ändern. Es wird bekannt, daß die Engländer bereits Delegierte ins Ruhrgebiet entsandt haben, die nicht nur Erkundigungen über die Einrichtungen des Ruhrsyndikats einziehen, sondern auch gleichzeitig sondieren, wie man sich in Deutschland eine festländische Regelung des Kohlenabsatzes denkt, die nach Ansicht der Engländer kommen muß, wenn nicht die Absatzkrise zu einer katastrophalen Lage des Bergbaus führen soll.

Rußland.

Außenkommissär Tschitscherin, der sich nach längerem Aufenthalt in europäischen Kurorten auf der Heimreise befindet und sich einige Tage in Paris aufhielt, sagte Pressevertretern, daß er den Locarno-Sicherheitspakt als eine Vorbereitung für einen Kreuzzug gegen Sowjetrußland halte. Auf die Frage, welche Haltung die Moskauer Regierung gegen den vorgeschlagenen Sicherheitspakt für Osteuropa einnehmen würde, erwiderte Tschitscherin, er wisse nicht, was er darunter verstehen sollte. Er fügte hinzu, seine Regierung wäre bereit, mit jedem der baltischen Staaten ein besonderes Abkommen zu treffen, sie würde aber keiner Abmachung beitreten, deren Ziel vielleicht die Errichtung von Schranken vom baltischen Meer bis Polen oder vom Baltischen bis zum Schwarzen Meer wäre.

Tschitscherin erwähnte, die amerikanische Regierung wäre davon unterrichtet, daß Sowjet-Rußland willens sei, Unterhandlungen über die Herstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern aufzunehmen. Er sagte: „Amerikanisches Kapital ist in Rußland ganz sicher, was durch die Beteiligung Harrimans an der Ausbeutung der Manganerzlager und durch amerikanische Kapitalanlagen in den russischen Goldfeldern als Beispiele für das Vertrauen amerikanischer Kapitalisten in Rußland bezeugt wird. Wie sie sehen, machen unsere wirtschaftlichen Beziehungen Fortschritte und wir sind jederzeit bereit, die diplomatischen Beziehungen zu besprechen, wie wir der amerikanischen Regierung mitgeteilt haben."

Der russische Außenminister erklärte, daß die Sowjetregierung die Einladung des Völkerbundes zur Teilnahme an den Vorarbeiten für eine internationale Abrüstungskonferenz zurückweisen werde. Seine Regierung sei der Ansicht, daß die Abrüstung sofort vorgenommen werden sollte und sie habe bereits erklärt, bereit zu sein, sich an einer wirklichen Abrüstungskonferenz zu beteiligen, sie wolle sich jedoch in keine jahrelangen Erörterungen über das Sicherheitsproblem als Vorbereitung zur Abrüstung einlassen.

Bezüglich der chinesischen Frage sagte Tschitscherin, Sowjetrußland stehe den Bestrebungen einer demokratischen Einigung und Unabhängigkeit Chinas sympathisch gegenüber.

Vertreter der Sowjet-Regierung werden bald zwecks Verkaufs gewisser Artikel aus den alten kaiserlichen Juwelensammlungen nach den Ver. Staaten kommen. Holländische Goldschmiedfirmen scheinen viel Interesse an manchen dieser Artikel zu zeigen und einer ihrer Abgesandten verhandelt mit der Sowjet-Regierung. Abschätzungen, die kürzlich von auswärtigen Fachleuten vorgenommen wurden, geben den Wert der gesamten Kronjuwelen mit annähernd $250,000,000 an. Zu diesen gehört die große Kaiserkrone, die zur Zeit Katharinas II. verfertigt wurde, die 5 Pfund wiegt, 4000 Karat der seltensten Diamanten enthält und deren Wert mit $52,000,000 angegeben wird; ferner das kaiserliche goldene Szepter mit dem weltberühmten Orlow-Diamanten von 189 Karat, das auf $30,000,000 bewertet ist und welches der Kaiserin Katharina II. als ein Geschenk des Grafen Orlow zu Füßen gelegt wurde. Ein anderes wertvolles Schmuckstück ist das aus Gold und Diamanten angefertigte Emblem des kaiserlichen Wappens, das 157 Karat Saphire enthält und auf $24,000,000 geschätzt wird. Die zwei Krondiademe, die von der Kaiserin getragen wurden, von denen jedes Diamanten von 1000 Karat enthält und die $4,800,000 wert sind, gehören ebenfalls zu den Kostbarkeiten, wie auch die zwei schweren goldenen Ketten mit Diamanten, die gelegentlich von Kaiser getragen wurden und auf $4,500,000 geschätzt werden, sowie der sogenannte Diamant des Schahs, 89 Karat, $14,000,000 wert, und ein riesiger indischer Saphir von 258 Karat, von Diamanten umgeben, der auf $111,000,000 bewertet wird. Die Angabe — $250,000,000 — soll den wirklichen Wert der ganzen Sammlung repräsentieren, ohne den historischen oder sentimentalen Wert der Artikel in Berechnung zu ziehen.

Italien.

Depeschen melden, daß die italienischen Beamten in Süd-Tirol die dort seit Generationen eingewurzelte Gepflogenheit, am Weihnachtsfest auf den öffentlichen Plätzen in den einzelnen Ortschaften Christbäume aufzustellen, mit dem Bemerken verboten habe, daß ein solcher Brauch in Italien unbekannt sei. Die deutschen Bewohner Südtirols sind über diese willkürliche Verfügung der Behörden aufgebracht und wollen sich hierüber bei der Regierung in Rom beschweren.

Spanien.

Der spanische Staatsmann Antonio Maura, Führer der konservativen Partei und oftmaliger Ministerpräsident, ist auf dem Besitztum seines Sohnes, Graf Mortera, in Torrelodones, nahe Madrid, wo er zu Besuch weilte, gestorben. Als er eine Treppe herabstieg, wurde er plötzlich von Blindheit befangen. Einen Augenblick später stürzte er tot zusammen. Die Leiche wurde alsbald nach Madrid überführt. Das Bekanntwerden des Ablebens hat allgemeines Mitgefühl erregt. Die Mitglieder des diplomatischen Korps sprachen alsbald vor, um zu kondolieren. Immer hatte Maura im Kampf gegen Sozialisten, Kommunisten und Revolutionäre gestanden. Der Zufall hat es gefügt, daß der konservative Staatsmann in demselben Augenblick plötzlich aus dem Leben schied, in dem sein größter Feind, der Sozialistenführer Pablo Iglesias, unter äußerst eindrucksvollen Feierlichkeiten von seinen Anhängern zu Grabe getragen wurde.

Griechenland

Griechische Bewohner der Insel Carpathus gerieten mit italienischen Gendarmen in ein Handgemenge, worauf auf beiden Seiten viele Personen getötet oder verletzt wurden. Ein italienischer Beamter war in Begleitung von Gendarmen auf der Insel angekommen, um die griechischen Bewohner zu zwingen, Italien den Eid der Treue zu leisten. Die Insel gehört zu der Inselgruppe des Dodecanes, und die Bewohner des Dodecanes haben sich um Schutz an den Völkerbund gewandt. Dieser Aufstand auf Carpathus ist eines von der langen Reihe von störenden Ereignissen, welche durch die Verschiebung der Nationalitäten seit dem Kriege verursacht sind. Die dodecanesischen Inseln liegen in der Nähe der Südküste von Kleinasien.

Aegypten.

Die ägyptische Regierung ist über die stark gesteigerte Agitation der Anhänger Zagluls beunruhigt und hat sich veranlaßt gesehen, drei scharfe Erlasse herauszugeben, die alle Versuche, Unruhen hervorzurufen, im Keime ersticken wollen. Zunächst ist den Abgeordneten und Senatoren mitgeteilt worden, daß sie infolge Auflösung des Parlaments nicht länger die parlamentarische Immunität genießen, weswegen jeder Versuch, ohne Zustimmung der Regierung zu einer Sitzung zusammenzutreten, mit Gewalt vereitelt würde. Ein weiterer Erlaß ermahnt die Oeffentlichkeit, daß die Truppen Befehl haben, zu schießen, sobald die Menge sie angreift. Schließlich richtet sich ein Erlaß gegen die Studenten und warnt sie vor Streiks und Demonstrationen, die energisch unterdrückt würden.

Türkei

Die Regierung wird die ungünstige Entscheidung des Ligarats, wodurch Britannien die Herrschaft über Mosul als Teil eines erweiterten Irak Mandats erhält, dem Parlament in Angora überweisen.

Bulgarien

Die Entscheidung des Ligarats, daß Griechenland bei den kürzlichen Grenzwirren im Unrecht war und Gutmachungen an Bulgarien leisten muß, hat in ganz Bulgarien einen tiefen Eindruck gemacht. Seit Jahren hatte Bulgarien in allen solchen Fällen Unrecht bekommen. Die Meldung von der günstigen Entscheidung traf in einer Stunde ein, wo es in der Sobranje recht kritisch um Premier Tzankow stand. In der Kammer war von der Opposition ein Sturm heraufbeschworen durch eine wider die Regierung geschleuderte Anklage, daß sie viele Personen ohne jeglichen Prozeß habe hinrichten lassen. Inmitten dieser Erregung machte Premier Tzankow die Mitteilung von der günstigen Entscheidung des Ligarats und forderte ein Vertrauensvotum, das ihm unter Hochrufen erteilt wurde.

Jugoslawien.

Eingelaufenen Nachrichten zufolge ist die Aufteilung der albanischen Petroleumfelder, über die zwischen England, Italien und Jugoslawien ein Streit entbrannt war, nunmehr durchgeführt. Die „Angloversian Company" und die „Standard Oil Company" erhalten je 80 Quadratmeilen, während den jugoslawischen Staatsbahnen und der italienischen Gesellschaft „Melenit" zwei gleich große Gebiete in den Petroleumfeldern von je 110 Quadratmeilen zugewiesen wurde.

Tschechoslowakei

Herr Svehla hat ein Kabinett gebildet, das das nach den allgemeinen Wahlen zurückgetretene ersetzen soll. Er wird wieder Premierminister werden und als Außenminister wird Dr. Eduard Benesch fungieren.

Syrien.

Die Franzosen gebrauchten Artillerie, Maschinengewehre und Flugzeuge, um einen Angriff der Drusen in dem Tschagur-Viertel in Damaskus zurückzuwerfen und richteten großen Schaden an. Der Angriff der Drusen begann um 6 Uhr und eine heftige Schlacht wütete während der Nacht. Die Drusen attackierten Damaskus auch am Montag Morgen wieder, indem sie ihren Hauptangriff auf die Lokomotivwerkstätten richteten. Sie wurden zurückgetrieben und beide Seiten verloren viele Tote.

Südafrika.

Eine vom Arbeitsminister der südafrikanischen Union ausgearbeitete Vorlage, die in der nächsten Sitzungsperiode des Parlaments eingebracht werden wird, sieht die Deportation aller arbeitsscheuen Südafrikaner nach einer Strafkolonie vor. Durch die Annahme dieser Vorlage würden die Machtbefugnisse der Regierung bedeutend erweitert und ihrem Ermessen überlassen bleiben, jeden Südafrikaner, der von der Regierung Unterstützung verlangt und sich weigert, die ihm zugewiesene Arbeit zu verrichten, für die Dauer von einem bis fünf Jahren nach einer Strafkolonie zu schicken.

Völkerbund.

Der Ligarat hat nach einer einstündigen geheimen Sitzung beschlossen, die in der Brüsseler Konferenz des Ligarates vom 30. Oktober 1924 vereinbarte provisorische Grenze als endgültige Grenzlinie des Mossulgebietes zwischen der Türkei und dem Irak festzusetzen. Mit dieser Entscheidung fällt der größte Teil des umstrittenen Territoriums des früheren türkischen Wilajets Mossul an das unter britischem Mandat stehende Königreich Irak.

Die Empfehlungen der vom Ligarat eingesetzten Untersuchungskommission befolgend, würde dem Vernehmen nach die Zuteilung des südlichen Teiles des Mossulgebietes an Irak an die Bedingung geknüpft, daß letzteres Wirtschaftsverträge mit der Türkei abschließen und daß Großbritannien sein Mandat über Irak für 25 Jahre erstrecken soll.

Der türkische Auslandminister Tewfik Bey sagte vor der Abreise nach Paris, die Beziehungen der Türkei zu Großbritannien werden unverändert bleiben. Er sei aber überzeugt, daß die Bevölkerung von Mossul die Entscheidung des Ligarats niemals annehmen werde.

Griechenland hat die Grenze Bulgariens bei dem kürzlichen Konflikt zwischen den beiden Ländern verletzt und muß eine Entschädigung von 30,000,000 Leva (ungefähr $219,000) zahlen. So hat der Völkerligarat entschieden. Ein Bericht über den Zwischenfall, aufgesetzt von Austen Chamberlain von England, Hymans von Belgien und Viscount Ishii von Japan, wurde von dem Ligarat angenommen. In diesem Bericht wird der Befund abgegeben, daß Griechenlands Einfall in Bulgarien ungerechtfertigt war. Daher sei der allgemeine Grundsatz geltend zu machen, daß bei Grenzverletzung ohne genügende Ursache Reparationen zu leisten sind, selbst wenn zur Zeit der Begebenheit die Partei, von der die Grenzverletzung begangen wurde, im Glauben gewesen sei, daß die Umstände ihr Vorgehen rechtfertigten.

Der Shah von Persien

Die Thronbesteigung des persischen Diktators Risa Chan, der von der Nationalversammlung am 31. Oktober als Regent von Persien eingesetzt wurde, fand am 14. Dezember statt. Risa Chan trat die Regierung Persiens als „Schah Pahlawi" an.

Der abgesetzte 27 Jahre alte Schah Achmed Chan el Kadschar, der seit November 1923 bei Jazz und Tanze teils in Paris, teils in den mondänen Spielerorten sich vergnügt, erklärt, daß er seiner Thronansprüche nicht entsage, der legitime und verfassungsmäßige Herrscher Persiens bleibe und die Stunde abwarte, um in sein Land zurückzukehren und seinem Lande zu dienen.

Risa Chan trat vor 20 Jahren als Freiwilliger in die persische Kosakenbrigade ein und ist jetzt der unumschränkte Herrscher seines Landes. Bereits im März 1924, zur Frühjahrswende, dem größten persischen Religionsfest, machten die Anhänger Risa Chans den Versuch, die Republik zu proklamieren und ihren Führer als Präsidenten einzusetzen. Er selbst hielt sich im Hintergrund und als die Mohammedaner gegen den geplanten Staatsstreich Stellung nahmen, wandte er sich an die Schiitenmullahs in Kum um Rat, auf deren Gutachten hin er am 1. April verkündete, daß die republikanische Staatsform dem mohammedanischen Glauben zuwider-[illegible]. Er dankte formell ab, wurde aber von den Abgeordneten wieder zur Uebernahme seiner Aemter aufgefordert und bildete eine neue Regierung.

Bald darauf unternahm er einen Feldzug gegen den Scheich von Mohammerah, dessen an der Irakgrenze gelegenes, halb unabhängiges Reich der Zufluchtsort der Feinde des Diktators war. Risa unterwarf den Scheich und vollendete damit sein Werk der inneren Einigung Persiens. Mitte Februar dieses Jahres machte er den zweiten Versuch, die Dynastie zu beseitigen. Er veranlaßte das Parlament, den jungen Schah aufzufordern, nach Persien zurückzukehren und sich wegen der gegen seine Regierung erhobenen Beschuldigung der Verschwendung öffentlicher Fonds zu verantworten. Achmed gefiel es aber entweder in Europa besser oder er ahnte, daß ihm, wenn er heimkehrt, Aergeres bevorstehe als eine einfache Absetzung. Durch seine Weigerung, dem Parlament gegenüberzutreten, war das Schicksal der Dynastie entschieden, der die Perser müde waren.

Das außenpolitische Programm Risa Chans besteht vornehmlich darin, die nach wie vor auf persischem Gebiete rivalisierenden Mächte Rußland und England gegeneinander auszuspielen. Mit englischer Hilfe verjagte er die Bolschewisten, die sich im Nordwesten des Landes festgesetzt hatten, um mit ihnen nach Aufhebung der die Unabhängigkeit des Landes [illegible] alten Verträge in gute diplomatische Beziehungen zu treten.

Zum ersten Male seit langer Zeit stärkte Risa Chan im Feldzuge gegen seine inneren Feinde die Zentralgewalt in Teheran in der Folge so weit, daß die Engländer es für gut befanden, unter dem Vorwand, ihre Interessen seien bei der von dem Diktator hergestellten Ordnung in Persien vollkommen gewahrt, auch ihrerseits ihre Truppen aus dem Lande zu ziehen. Und sie taten kein Sterbenswort dazu, als Risa Chan dann seinen Krieg gegen den Scheich von Mohammerah in nächster Nähe der Oelleitungen nach dem Persischen Golf durchführte. Als Risa Chans Macht soweit gefestigt war, daß er annehmen konnte, er werde seine Pläne im Innern ohne Einmengung einer fremden Macht durchführen zu können, erfolgte im Oktober sein letzter Staatsstreich, die Absetzung der Kadscharen-Dynastie, die ihm den Weg zum Thron ebnete.